

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Olaf in der Beek, Sandra Weeser, Alexander Graf
Lambsdorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/22471 –**

Weltbank-Kreditlinie für China einstellen und verschuldete Entwicklungsländer entlasten

A. Problem

Nach Angaben der Brookings Institution (USA) sind Entwicklungsländer aktuell mit mehr als 11 Billionen Euro bei internationalen, staatlichen und privaten Gläubigern verschuldet, wobei immer mehr Länder ihre Schulden kaum oder überhaupt nicht zurückzahlen können. Gleichzeitig binden die Rückzahlungsverpflichtungen staatliche Mittel, die für den Aufbau von dringend benötigter Infrastruktur und für Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung stehen sollten. In Anerkennung der Verschärfung dieser Problemlage durch die Corona-Pandemie haben die G20-Staaten, die Weltbankgruppe (WBG) und der Internationale Währungsfonds (IWF) eine Schuldenstundung gewährt, die nicht zuletzt dazu genutzt werden soll, mittelfristig eine Umschuldungsinitiative für hoch verschuldete Entwicklungsländer zu erarbeiten.

In diesem Zusammenhang stoße insbesondere die Kreditvergabe- und Schuldenumwandlungspraxis der Volksrepublik China, die mehr als 40 Prozent der Gesamtschulden der 50 am höchsten verschuldeten Länder der Welt hält und damit zum weltweit größten Kreditgeber für Entwicklungsländer zählt, auf öffentliche Kritik. Beanstandet werden neben der fehlenden Transparenz und dem Verzicht auf Vergabebedingungen, wie die Einhaltung von Menschenrechten, Praktiken, wie kurze Laufzeiten in Verbindung mit hohen Zinsen sowie die Absicherung der Kredite durch Rechte für den Zugang zu Rohstoffen und zur Infrastruktur. Während China selbst von den internationalen Finanzinstitutionen immer noch zinsvergünstigte Entwicklungskredite erhält, treibt es durch seine eigene Kreditvergabepraxis Entwicklungsländer in die Überschuldung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/22471 abzulehnen.

Berlin, den 14. April 2021

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Dagmar Ziegler
Berichterstatterin

Markus Frohmaier
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Helin Evrim Sommer
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Wolfgang Stefinger, Dagmar Ziegler, Markus Frohnmaier, Olaf in der Beek, Helin Evrim Sommer und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/22471** in seiner 176. Sitzung am 17. September 2020 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur alleinigen Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, sich innerhalb der WBG gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnern dafür einzusetzen, dass die von der WBG bis 2025 gewährte Kreditlinie für die Volksrepublik China schnellstmöglich eingestellt wird; die so frei werdenden Mittel sollen insbesondere Entwicklungsländern, denen durch hohe Zinsen chinesischer Kredite die Überschuldung droht oder die im Gegenzug für die Schuldenstundungen China den Zugang zu Rohstoffen oder zur Infrastruktur gewähren müssten, zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus soll die Bundesregierung innerhalb der Gremien der WBG und des IWF China auf Einhaltung seiner Transparenzpflichten drängen; für den Fall der Zuwiderhandlung sollen Sanktionsmechanismen, beispielsweise der Entzug von Stimmrechten, erarbeitet werden.

Im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) soll die Bundesregierung verstärkt Maßnahmen und Programme im Bereich Good Financial Governance anbieten und von Überschuldung bedrohte Partnerländer bei der Nach- und Neuverhandlung von durch die Volksrepublik China oder chinesischen staatseigenen Betrieben gewährten Krediten beraten und unterstützen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 75. Sitzung am 14. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der FDP** erläutert, dass es in dem Antrag grundsätzlich darum gehe, die Art und Weise, wie die Volksrepublik China Entwicklungspolitik begreife, durch die WBG zu sanktionieren. Man wünsche sich, dass die Kreditzusagen von einer bis 1,5 Mrd. Euro im Jahr an China aufgekündigt würden. Dieses Geld sollte nicht eingefroren, sondern denjenigen Entwicklungsländern, die unter hohen chinesischen Krediten leiden würden, zur Verfügung gestellt werden, damit diese ihre Kredit ablösen könnten. Gleichzeitig sollte das Angebot unterbreitet werden, dass Deutschland diese Länder bei ihrer Entschuldung begleite und berate. Darüber hinaus sollte Deutschland in den Gremien der WBG auf Transparenz drängen und sich Mechanismen einfallen lassen, wie man das überhöhte Zins- und Abhängigkeitsgebaren mit geostrategischen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer in Zukunft besser eindämmen könne.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, dass man sehr wohl wisse, dass man die Aktivitäten der Volksrepublik China kritisch begleiten müsse. Im Antrag sei von „Schuldenfallendiplomatie“ die Rede, aber es gebe namhafte Chinaexperten, die dieses als Mythos bezeichnen würden. Das Thema sei durchaus komplex und bedürfe einer differenzierten Betrachtung. Man müsse zudem festhalten, dass China ein systemischer und wichtiger Partner bei globalen Zukunftsfragen sei, wie beim Klimawandel oder bei der Weltbevölkerung. Insofern sei es sinnvoll, dass China in internationalen Strukturen, wie der Weltbank (WB), eingebunden sei. Im Übrigen gebe es bereits eine strategische Themenplanung mit dem Country Partnership Framework, womit auch die Prioritäten bei der WB

festgelegt worden seien, zum Beispiel CO₂-Reduzierung, Umwelt, Armutsbekämpfung, inklusive Gesundheit oder Bildung. Dazu brauche man China als Partner, und deshalb könne die Fraktion der CDU/CSU diesem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion der SPD** unterstreicht, dass der Antrag der Fraktion der FDP eine gute Intention verfolge. Wenn man sich aber die Forderungen an die Bundesregierung anschau, bleibe nur die nach mehr Transparenz bei den Kreditvergaben Chinas als vertretbar übrig; alle anderen müsse man ablehnen. Die WB habe ein ureigenes Interesse daran, diese Kredite an China zu vergeben, weil China ein stabiler Kreditnehmer sei, was ein profitables Geschäft wäre. Man müsse sich fragen, welche Rolle die WB in Zukunft auf dem internationalen Finanzmarkt einnehmen werde. Mit diesem profitablen Teil finanziere sie gerade diejenigen Entwicklungsländer mit zinsverbilligten Krediten, in denen die Einkommen sehr niedrig seien. Es liege also im ureigenen Interesse, dass man China als Kreditnehmer der WB habe. Die Alternative wäre, sich das ganze Konstrukt WB vorzunehmen, was man schon mehrfach diskutiert hätte. Was die geforderte Transparenz angehe, würde es sicherlich helfen, wenn China dem Pariser Club beitreten würde. Insofern fordere man die Bundesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass China seiner Selbstverpflichtung im IWF bei der Schulden- und Schuldentilgungsaussetzung nachkomme. Die Idee, Weltbankkredite nicht mehr mit China auszuhandeln, gleiche der Idee, der Sparkasse zu verbieten, an die Kommunen Kredite auszugeben. Insofern lehne die Fraktion der SPD den vorliegenden Antrag ab.

Die **Fraktion der AfD** räumt ein, dass der Antrag durchaus in die richtige Richtung gehe. Das Problem sei nur, dass man ganz grundsätzlich darüber sprechen müsste, ob man sich bei der Länderliste des Development Assistance Committee (DAC) im Rahmen der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) oder bei der WB starr am Bruttonationaleinkommen (BNE) von Staaten orientiere. Diese Diskussion habe man schon beim Thema „Aufstrebende Wirtschaftsmächte und zinsvergünstigte Kredite“ geführt. Hier müsste man ansetzen und versuchen, die Kriterien zu verändern. Weil die Fraktion der AfD grundsätzlich eine gewisse Grundsympathie für den Antrag der Fraktion der FDP habe, werde man sich bei der Abstimmung enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE**. stellt klar, dass sie es wirtschaftspolitisch für falsch erachte, was in dem Antrag der Fraktion der FDP zu China gesagt werde. Es sei keine Frage, dass man China mit Bezug auf die Uiguren oder als autoritärer Staat auf der politischen Ebene kritisieren könne. Den Antragstellern gehe es aber mehr darum, China mit der Begründung zu kritisieren, dass es mit ihrer Kreditvergabe die Souveränität der Empfängerländer untergrabe. Wenn man das tatsächlich beabsichtige, dann müsste man die jahrzehntelange Kreditvergabepraxis der internationalen Finanzinstitutionen, wie der WB und dem IWF genauso kritisch hinterfragen, was die Antragsteller jedoch nicht tun würden. Darum habe man die Vermutung, dass es den Antragstellern eher darum gehe, westliche und internationale Kreditgeber in der wachsenden Konkurrenz mit China einen Vorteil zu verschaffen, da die Entwicklungsfinanzierung auch als Türöffner für den Zugang zu bislang verschlossenen Märkten genutzt werden könne. Damit setze die FDP Doppelstandards, und darum werde die Fraktion DIE LINKE. diesem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schließt sich der Zustimmung zur positiven Intention der Antragsteller an. Man teile die Auffassung, dass die geostrategischen Ambitionen Chinas gefährlich seien und eine Bedrohung darstellen würden. Die Frage sei die, wie man damit umgehe: Wolle man China völlig ausgrenzen oder wolle man es über bestimmte Hebel in der internationalen Gemeinschaft behalten. China sei Mitglied der WB geworden, und man selbst glaube, dass es nichts Dümmeres gebe, als China aus der WB auszuschließen. Eine Forderung der Antragsteller ziele letztendlich auf einen Stimmrechtsentzug. China müsste demnach sich selber das Stimmrecht entziehen, was eine unsinnige Forderung wäre. Die WB selbst habe längst entschieden, dass die Kreditlinie auslaufen und nicht weiter fortgeführt werde. Die zur Diskussion stehenden Beträge von einer bis 1,5 Mrd. Euro seien weder für die WB noch für China von irgendwelcher Relevanz. Man selbst frage sich, warum ausgerechnet die Fraktion der FDP sich dafür einsetze, laufende Verträge kündigen zu wollen, die in der Praxis ohnehin keine Bedeutung hätten. Die Fraktion der FDP sei ansonsten immer die Fraktion, die fordere, dass Verträge eingehalten werden müssten. Man glaube zudem nicht daran, dass es möglich wäre, Verträge zu kündigen und freigewordenes Geld anderen Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen, denn es handele sich nicht um eine frei verfügbare Haushaltsmasse. Was die Frage der Transparenz angehe, müsste es eine Weltbankinitiative geben, die die Länder verpflichte, mehr Transparenz zu zeigen, und dazu wäre eine Beteiligung Chinas von Vorteil. Vor dem Hintergrund dieser Bedenken werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag ablehnen.

Berlin, den 14. April 2021

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Dagmar Ziegler
Berichterstatterin

Markus Frohnmaier
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Helin Evrim Sommer
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

